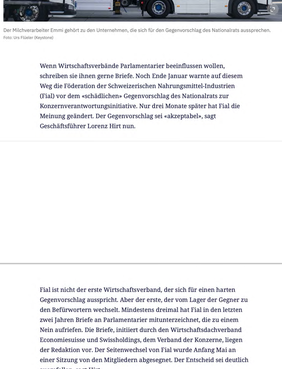
Kurz vor dem Entscheid im Parlament

Überläufer lanciert Debatte um Konzerninitiative neu

Lange bekämpfte die Schweizer Lebensmittelindustrie den harten Gegenvorschlag zur Initiative. Jetzt sagt ihr Verband plötzlich: Wir sind dafür. Das könnte zu einem Umdenken im Parlament führen.

Luca De Carli
Aktualisiert vor 14 Stunden



Der Milchverarbeiter Emmi gehört zu den Unternehmen, die sich für den Gegenvorschlag des Nationalrats aussprechen. Foto: Urs Flueler (Keystone)

Wenn Wirtschaftsverbände Parlamentarier beeinflussen wollen, schreiben sie ihnen gerne Briefe. Noch Ende Januar warnte auf diesem Weg die Föderation der Schweizerischen Nahrungsmittel-Industrien (Fial) vor dem «schädlichen» Gegenvorschlag des Nationalrats zur Konzernverantwortungsinitiative. Nur drei Monate später hat Fial die Meinung geändert. Der Gegenvorschlag sei «akzeptabel», sagt Geschäftsführer Lorenz Hirt nun.

Fial ist nicht der erste Wirtschaftsverband, der sich für einen harten Gegenvorschlag ausspricht. Aber der erste, der vom Lager der Gegner zu den Befürwortern wechselt. Mindestens dreimal hat Fial in den letzten zwei Jahren Briefe an Parlamentarier mitunterzeichnet, die zu einem Nein aufriefen. Die Briefe, initiiert durch den Wirtschaftsdachverband Economiesuisse und Swissholdings, dem Verband der Konzerne, liegen der Redaktion vor. Der Seitenwechsel von Fial wurde Anfang Mai an einer Sitzung von den Mitgliedern abgesegnet. Der Entscheid sei deutlich ausgefallen, sagt Hirt.

Mehrere Wirtschaftsverbände warnen Ende Januar in einem Brief vor einem harten Gegenvorschlag zur Konzerninitiative. Die Rechtskommission des Nationalrats hielt trotzdem daran fest. (Ausriss aus dem Brief)

Das Umdenken bei Fial, der auch Konzerne wie der Milchverarbeiter Emmi angehören, passiert in einem entscheidenden Moment: In zwei Wochen beginnt die Sommersession. Dann befasst sich das Parlament zum letzten Mal mit dem Thema. Klar ist, dass das Parlament die Konzerninitiative ablehnt. Diese will, dass Schweizer Unternehmen auch bei ihren Geschäften im Ausland Menschenrechte durchsetzen. Gelingt das nicht, sollen sie für Schäden haften, die ihre Töchter oder gewisse Zulieferer verursachen.

Noch offen ist, ob das Parlament der Initiative einen Gegenvorschlag gegenüberstellt. Der Nationalrat hat sich schon dreimal für eine harte Variante ausgesprochen. Er übernimmt das Grundkonzept der Initiative, schränkt es aber stark ein. Der Ständerat stimmte zweimal für eine weiche Variante. Er setzt vor allem darauf, dass Grossunternehmen mittels Berichten Transparenz zum Umgang mit Menschenrechten schaffen. Nur für den Vorschlag des Nationalrates würde die Initiative zurückgezogen. Die Volksabstimmung fände Ende November statt.

Initiative und Gegenvorschläge kurz erklärt

Infos ausblenden

Initiative

Die Initianten wollen, dass Unternehmen mit Sitz oder Hauptniederlassung in der Schweiz auch bei ihren Geschäften im Ausland sicherstellen, dass die Menschenrechte respektieren und Umweltstandards einhalten. Dies müssen sie mit sogenannten Sorgfaltsprüfungen nachweisen. Gelingt das nicht, sollen sie für Schäden durch ihre Töchter und gewisse Zulieferer haften. Im Initiativtext werden diese Zulieferer «wirtschaftlich kontrollierte Unternehmen» genannt. Betroffen von der Initiative sind grundsätzlich alle Schweizer Unternehmen. Bei der Umsetzung der Initiative sollen aber KMU mit «geringen Risiken» ausgeschlossen werden.

Gegenvorschlag des Nationalrates

Dieser Gegenvorschlag übernimmt das Grundkonzept der Initiative, schränkt es aber stark ein. Erstens sollen nur Grossunternehmen mit Sitz in der Schweiz betroffen sein – also wenniger als 1000 Unternehmen. Versagt die Sorgfaltsprüfung dieser Unternehmen, haften sie nur für Schäden durch Tochterunternehmen. Die Haftung für Lieferanten ist explizit ausgeschlossen. Die Gründe für eine Haftung sind zudem genauer definiert als in der Initiative. Unternehmen sollen nur für Schäden an Leib und Leben oder Eigentum geradestehen.

Gegenvorschlag des Ständerates

Dieser Gegenvorschlag will, dass Grossunternehmen Transparenz zum Umgang mit Menschenrechten, Umwelt oder Korruption schaffen – mit Berichten. Es ist der gleiche Ansatz, den die EU seit einigen Jahren verfolgt. Die Unternehmen haben die Möglichkeit, in ihren Berichten Themen wegzulassen – wenn sie begründen, weshalb diese für sie nicht relevant sind. Sorgfaltsprüfungen sind nur für den Umgang mit Kinderarbeit und mit vier Mineralien (Zinn, Tantal, Wolfram und Gold) vorgesehen. Am Haftungsrecht soll sich nichts ändern. (ldc)

Das Rückzugsangebot der Initianten ist für Fial entscheidend. Den Seitenwechsel begründet Geschäftsführer Hirt zudem mit den Anpassungen, die der Nationalrat in der Frühjahrssession an seinem Vorschlag vorgenommen hat. «Schweizer Unternehmen sollen ausschliesslich für ihre Tochterfirmen im In- und Ausland haften. Dagegen kann man aus unserer Optik letztlich nicht sein», sagt Hirt. «Der Gegenvorschlag des Nationalrats scheint ein gangbarer Weg zu sein», teilt auch der Milchverarbeiter Emmi mit. Der Konzern hat Tochtergesellschaften und Beteiligungen in 14 Ländern. Verwaltungsratspräsident ist mit Konrad Graber ein einflussreicher Alt-Ständerat der CVP.

Bei Fial hat sich Emmi zusammen mit den Industriebetrieben von Migros und Coop durchgesetzt. Deren Lobbyorganisation, die IG Detailhandel, wirbt schon länger für den harten Gegenvorschlag. Unterlegen ist Nestlé. Der Schweiz-Chef des Weltkonzerns sitzt wie die Vertreter von Migros und Coop im Vorstand von Fial. Trotzdem sagt Nestlé: «Wir lehnen den Gegenvorschlag des Nationalrats ab.»

Diese Verbände sind für den harten Gegenvorschlag

Infos ausblenden

In den letzten Monaten haben sich mehrere Wirtschaftsverbände für den Gegenvorschlag des Nationalrates zur Konzernverantwortungsinitiative ausgesprochen:

- 3D Detailhandel (Verband der Grossverteiler)
- Swiss Retail Federation (Verband der mittelgrossen Detailhandelsunternehmen)
- Handel Schweiz (Dachverband des Schweizer Handels)
- Swiss Textiles (Verband der Textilbranche)
- Swico (Verband der ICT-Branche)
- GEM (Verband der ausländischen Konzerne in der Schweiz)
- Fial (Dachverband der Schweizer Nahrungsmittel-Industrien)
- FER (Dachorganisation der KMU im Kanton Genf)

Und folgende Verbände werben für den Gegenvorschlag des Ständerates:

- Economiesuisse (Dachverband der Schweizer Wirtschaft)
- Swissholdings (Verband der Schweizer Konzerne)
- Swiss Banking (Schweizerische Bankiervereinigung)
- Swissmem (Verband der Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie)
- Science Industries (Verband der Chemie- und Pharmaunternehmen)

Nur wegen der Corona-Pandemie wurde der Entscheid zu den Gegenvorschlägen im Parlament nicht bereits getroffen. Mitte März, bevor die Frühjahrssession in der dritten Woche abgebrochen wurde, sah es nicht danach aus, als ob sich die Räte auf einen Vorschlag einigen könnten. Heute sagt Patrick Martig, Leiter der IG Detailhandel: «Wir glauben nach wie vor, dass der Gegenvorschlag des Nationalrats eine Chance hat.»

Gleich am ersten Tag der Sommersession beriet der Ständerat ein letztes Mal. Hält er an seiner Variante fest, kommt es zu einer Einigungskonferenz zwischen den Räten. Entscheidend wird die CVP sein. Deren Fraktion ist bislang gespalten. SP-Ständerat Daniel Jositsch spricht von vier bis fünf Ratskollegen, die sich bewegen müssten. Er könne sich vorstellen, dass es zu einer Einigung kommt. Immerhin sei die Nahrungsmittelindustrie stark von der Initiative betroffen. Auch CVP-Ständerat Stefan Engler, ebenfalls ein Befürworter des harten Gegenvorschlags, hofft, dass noch etwas möglich ist. Bislang sei die Debatte recht festgefahren.

EU setzt auf den Weg des Nationalrates

Den Ausgang der Parlamentsdebatte beeinflussen könnte auch die internationale Entwicklung während des Corona-Unterbruchs. Inzwischen ist nämlich klar, dass es die EU erneut mit einer Verschärfung der unternehmerischen Sorgfaltspflicht. Der Justizkommissar kündigte Ende April an, zu Beginn des nächsten Jahres werde ein Gesetzesentwurf vorgelegt. In einer Videokonferenz mit EU-Parlamentariern und Unternehmensvertretern erläuterte er den Ansatz der EU. Es ist der gleiche wie beim Gegenvorschlag des Nationalrates.

Es bringe wenig, die Unternehmen einzig Berichte schreiben zu lassen (Ansatz des Ständerates). Zentral sei ein Mechanismus, um eine Verhaltensänderung durchzusetzen (Ansatz des Nationalrates). Der EU-Kommissar sprach sich zudem dagegen aus, schärfere Regeln nur für einzelne Branchen einzuführen (Ansatz des Ständerates). Sie müssten für alle gelten (Ansatz des Nationalrates).

Im Ständerat argumentierte eine Mehrheit bisher, mit dem weichen Gegenvorschlag könne die Schweiz zu den internationalen Vorgaben aufschliessen. Setzt die EU ihren Plan um, gilt das nicht mehr.

Publiziert: 13.05.2020, 18:01